

Südtirol: eine Autonomie mit Modellcharakter?

Alljährlich wird Südtirol, seit 1919 bei Italien und seit 1948 autonome Provinz, von einer Vielzahl von Delegationen von Minderheiten, unterdrückten Völkern und Vertretern von Staaten, die in Konflikt mit internen Minderheiten stehen, begutachtet. Ob für Tibeter und Uiguren in China, für Ungarn im Szeklerland in Rumänien, oder für die georgische und die thailändische Regierung: Südtirol wird international als Modell für eine gelungene Territorialautonomie gehandelt, die einen ethnischen Konflikt größtenteils gelöst hat.

Für die allermeisten Südtiroler ist die Autonomie Selbstverständlichkeit. Im autonomen Südtirol fühlt man sich schon lange als „ein ganz anderer Teil Italiens“, fern von Rom. Hier das autonome, geordnete, effiziente Land; dort das konfuse, wirtschaftlich schwächelnde, politisch reformbedürftige Italien. Die Südtiroler Tourismuswerbung hängt dem Land zwar mitunter italienisches oder - besser - mediterranes Flair um, doch urlaubende Italiener fühlen sich hier oft wie im Ausland. Die Südtiroler Italiener standen der Autonomie hingegen jahrzehntelang skeptisch gegenüber. Im mehrheitlich italienischen Bozen steht heute noch ein 1928 auf Geheiß von Mussolini erbauter Triumphbogen mit allen faschistischen Symbolen und wird von den meisten Italienern Bozens als Wahrzeichen der „italianità“ Südtirols in Ehren gehalten. Zumindest die jüngere Generation der Italiener will jedoch die Autonomie nicht mehr missen. Denn Autonomie bedeutet Wohlstand und Ausgleich, auch Gleichberechtigung der Sprachgruppen. Die offizielle Zweisprachigkeit und die daraus folgende Notwendigkeit, Deutsch zu lernen, um in diesem Land beruflich weiterzukommen, war für viele Italiener früher mehr erlitten als akzeptiert. Jetzt begreift man dies auch als Chance vor dem Hintergrund der vielsprachigen EU. Wie in anderen autonomen Gebieten Europas bedeutet Autonomie nicht nur territoriale Eigenständigkeit in Legislative und Exekutive, sondern auch die demokratische Notwendigkeit, miteinander als Gleichberechtigte auszukommen.

Südtirols Autonomie ist eine der ältesten Europas. Als der österreichische Außenminister Gruber am 5. September 1946 zusammen mit seinem Amtskollegen Degasperi das Pariser Friedensabkommen mit Italien unterzeichnete, bildete die Autonomie Südtirols einen Kernpunkt. Trotz dieser völkerrechtlichen Absicherung war sie keine leichte Geburt: Italiens Nachkriegsregierungen versuchten zunächst die Südtiroler unter strikter Kuratel zu behalten. Zu diesem Zweck wurde Südtirol mit dem Trentino unter das Dach der „Autonomen Region Trentino-Tiroler Etschland“ gezwängt. Rom fuhr mit einer subtileren Assimilierungspolitik fort. Die „Sammelpartei“ der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler, die SVP, wehrte sich heftig dagegen. Radikale Patrioten hielten Gewalt für die einzige Rettung vor dem vermeintlichen „Todesmarsch“. Dieser Protest, aber auch die Bemühungen Österreichs vor der UNO und Italiens Angst, der Konflikt könnte zum Flächenbrand werden, drängten Rom zum Einlenken. Schließlich gaben alle Seiten nach. Auch die Südtiroler, vertreten durch die SVP unter der Leitung des charismatischen, 2010 verstorbenen Silvius Magnago, stimmten 1969 mit knapper Mehrheit dem „Südtirol-Paket“ zu. Sein Inkrafttreten 1972 markierte den eigentlichen Beginn der später so erfolgreichen Autonomie des Landes. Die langwierige Umsetzung der Paketbestimmungen in die Praxis konnte beginnen. Mit Abgabe der Streitbeilegungserklärung durch Österreich am 11. Juni 1992 war der internationale Südtirol-Konflikt offiziell beendet.

Autonomie heißt in Europa vor allem, einen beträchtlichen Umfang politischer Kompetenzen selbst gestalten zu können, so wie etwa ein Bundesland in einem fortgeschrittenen Föderalsystem. Weil es zumeist ethnische oder sprachliche Minderheiten sind, für welche Territorialautonomie eingerichtet wird, steht der Schutz der kulturellen Identität solcher Gruppen im Vordergrund. Ethnische Identität definiert sich im nationalstaatlich geprägten Europa vor allem über die Sprache. Die mancherorts

willkürlichen Grenzziehungen der Nationalstaaten in Europas Geschichte und ethnisch gemischt besiedelte Gebiete sind der Hauptgrund für die staatliche Organisationsform „Autonomie“, sofern ethnische Minderheiten eben nicht im dominanten Staatsvolk aufgehen wollen. Genau dies ist in Südtirol der Fall, und seine Autonomie musste somit zwei Grundziele erfüllen: zum einen jene Politikfelder eigenständig gestalten zu können, die für die selbstbestimmte kulturelle Entfaltung wesentlich sind; zum anderen Gleichstellung der Landessprachen, vor allem in Form der Pflicht zur Zweisprachigkeit, die für den gesamten öffentlichen Bereich die Regel ist. Es bedurfte einer gewissen Zähigkeit und viel Geduld, bis diese Regel von der italienischen Sprachgruppe wirklich akzeptiert wurde. Während die Notwendigkeit der Kenntnis der zweiten Landessprache vor einer Generation lasch genommen wurde und Deutsch sprechende italienische Beamten die Ausnahme waren, hat sich dies geändert. Heute drängen Italiener darauf, in den italienischen Schulen – das Schulsystem ist in Südtirol strikt nach Sprachgruppen getrennt – den deutschsprachigen Unterricht auszudehnen, zweisprachige Schulen einzurichten, oder ihre Kinder in deutsche Schulen einzuschreiben. Südtirol ist deshalb noch lange kein „zweisprachiges Land“. Man kann weder Südtirol mit Luxemburg vergleichen noch Bozen mit Nikosia. Der Alltag eines italienischen Bozners gleicht jenem eines Bewohners von Trient, und der Alltag eines Südtiroler Talbewohners jenem der Nachbarn oder Landsleute im Norden Tirols. Die Autonomie hat es ermöglicht, dass alle drei Sprachgruppen (Deutsch Italienisch und Ladinisch) nebeneinander in Gleichberechtigung leben, sodass die Sprache für die Lebenschancen der einzelnen keinen wesentlichen Unterschied mehr macht.

Südtirol – ein Modell für andere mehrsprachige Regionen, für andere Minderheiten? Tatsächlich ist der Konflikt zwischen den Südtirolern und dem italienischen Staat erfolgreich gelöst worden. Südtirol bildet heute keinen Zankapfel mehr zwischen Rom und Wien. Die kulturelle und soziale Position der deutschen und ladinischen Minderheit ist wiederhergestellt, das Land ist nach BIP pro Kopf die wohlhabendste Region Italiens, der Staat wird nicht mehr als Bedrohung empfunden. Zwei Stränge des Minderheitenschutzes sind hier verknüpft worden: der Schutz der individuellen und kollektiven Rechte der Sprachgruppen und die territoriale Selbstregierung, die gemeinschaftlich ausgeübt wird. Die Autonomie ist nicht perfekt und deshalb durchaus weiter ausbaufähig, und wenn nicht gerade eine zentralistische Partei in Rom regiert, so wie derzeit (Stand 2010), wird immer wieder nachgebessert. Allerdings hat sich die Herrschaft einer einzigen Partei in allen Bereichen negativ auf den inneren Pluralismus und die Qualität der Demokratie ausgewirkt. Vor allem die deutschsprachige Bevölkerung will heute mehr mitentscheiden und die Autonomie von unten mitgestalten. Auch das hat wiederum eine Signalwirkung für die jüngeren Autonomien anderswo. Jedenfalls kann Ethnizität als Leitmotiv der Südtiroler Politik nach fast 40 Jahren Autonomie in den Hintergrund treten - zugunsten des territorialen Aspektes der Autonomie. Südtirol kann sich zu einer Gesellschaft gleichberechtigter Gruppen entwickeln, in der man Vielfalt und Mehrsprachigkeit als Bereicherung empfindet, in der sich die ethnischen Minderheiten sicher fühlen und demokratische Freiheit und Mitsprache gelebt wird.

Thomas Benedikter

Bozen, Dezember 2011



Die von Transparency Deutschland genutzte Lizenz CC BY-NC-ND 3.0 legt fest, dass die Vervielfältigung und Verbreitung nur dann erlaubt wird, wenn der Name der Autorin bzw. des Autors genannt wird, wenn die Verbreitung nicht für kommerzielle Zwecke erfolgt und wenn keine Bearbeitung, Abwandlung oder Veränderung erfolgt.